

Wertfrei und neutral? : Theorietraditionen sozialwissenschaftlicher Forschung und die Rolle der Intellektuellen

Autor(en): **Mäder, Ueli / Schmassmann, Hector**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **32 (2013)**

Heft 63

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652602>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wertfrei und neutral?

Theorietraditionen sozialwissenschaftlicher Forschung
und die Rolle der Intellektuellen

Sozialtheoretische Diskurse zur sozialen Ungleichheit thematisieren die Verteilung von Ansehen, Wohlstand und Macht. Empirisch begründete Ansätze und Schulen setzen sich mit Blick auf die Praxis auch damit auseinander, wie sich Armut verstehen und bewältigen lässt. Dabei kommen normative Ziele mehr oder weniger deutlich zum Vorschein. Diese geraten jedoch zunehmend in die Kritik, subjektiv gefärbt zu sein, da sie von nicht hinterfragbaren Grundannahmen und Werten (Menschenrechte, Menschenwürde, Identität und Integrität des Einzelnen usw.) geleitet sind. Das Anliegen, soziale Realitäten möglichst objektiv und vorurteilslos zu erfassen, ist gewiss berechtigt, aber auch mit Risiken behaftet. Zum einen richtet es sich zu Recht gegen Versuche, soziale Fragen für nicht deklarierte Zwecke zu instrumentalisieren. Zum andern entfalten gerade in der beanspruchten Distanz zum Normativen oft unbemerkt Herrschaft legitimierende Ideologien ihre Wirkung. Das belegen aktuelle Diskurse zur sozialen Ungleichheit, welche die fortschreitende Vertiefung der Kluft zwischen Arm und Reich banalisieren. Sie rechtfertigen ihre Deutung sozialer Fakten durch einseitige Bezüge auf Theorietraditionen und erheben einen kaum haltbaren Anspruch auf Wertfreiheit, der bloss verdeckt, dass es um die Zementierung herrschender Verhältnisse geht. Wir plädieren in diesem Beitrag dafür, Normativität als unabdingbare Voraussetzung sozialwissenschaftlichen Arbeitens anzuerkennen, sie jedoch stets sorgsam zu reflektieren und transparent darzulegen. Wir zeigen auf, wie die wichtigen Theorietraditionen der Soziologie das Verhältnis von Wertbindung und Praxisbezug immer schon thematisierten und welche Folgerungen sich heute daraus für eine kritische Gesellschaftstheorie ergeben. Wir tun dies unter anderem mit Bezügen zu soziologischen Diskursen über soziale Ungleichheit.

Durkheimische Tradition: Die Wirklichkeit studieren, um sie zu verbessern

Sozialwissenschaftliches Denken thematisiert bereits seit seinen Anfängen soziale Ungleichheiten. Normative Wertungen sind dabei unverkenn-

bar. Selbst dann, wenn Sozialtheorien gesellschaftliche Verhältnisse ganz sachlich und beinahe physikalisch beschreiben wollen. Die Soziologie formiert sich als Wissenschaft in einer Zeit, in der wichtige Institutionen und gesellschaftliche Werte ihre Geltung nicht mehr aus einer quasi natürlichen Ordnung beziehen. Vielmehr setzt sich die Erkenntnis durch, dass gesellschaftliche Gruppen bestimmte Bedingungen selbst herstellen, die den sozialen Wandel entscheidend prägen. Und auf soziale Veränderungen reagieren wiederum theoretische Diskurse der Soziologie; die auch dann normativ besetzt bleiben, wenn sie objektiv sein möchten oder soziale Dynamiken nur fokussieren, um sie zu dekonstruieren. Dies haben schon die frühen Theoretiker der Soziologie erkannt.

Emile Durkheim begründet mit seiner «positiven Soziologie» eine Forschungstradition, die eine normfreie Sozialwissenschaft anstrebt. Auf ihn beziehen sich bis heute viele Postulate der Wertfreiheit. Durkheim selbst hat jedoch kein dogmatisches Verständnis von wissenschaftlicher Distanz zum untersuchten Gegenstand. Er nimmt oft Stellung zu Problemen, die den sozialen Zusammenhalt («*lien social*») gefährden. Kritisch äussert sich Durkheim etwa zur gesellschaftlichen Differenzierung. «Wenn wir die Wirklichkeit studieren wollen, müssen wir nicht darauf verzichten, sie zu verbessern», schreibt er im Vorwort zur ersten Auflage der *Division du travail social* (1986 [1893]). Durkheim unterscheidet darin die Soziologie von der Philosophie, die praktische Ziele und die Beobachtung von Tatsachen vernachlässige. Er stellt die Soziologie auch revolutionären Theorien entgegen, die keine von Weitsicht geprägten Veränderungen anstrebten. In seiner Tradition vertritt Marcel Mauss (1971 [1927]) ebenfalls eine auf die Praxis orientierte Soziologie, die wissenschaftlich fundiert ist und auf theoretischen Erkenntnissen basiert. Pierre Bourdieu knüpft daran an und stellt fest: «Die Soziologie wäre vielleicht keiner Mühe wert, wenn sie nur die Fäden aufzeigen würde, von denen die Menschen, die sie beobachtet, in Bewegung versetzt werden.» (2008 [1962], 128) Er verteidigt Durkheim gegen eine strukturelle Anthropologie, die sich als dessen Erbe sieht, aber kein Interesse dafür zeigt, den Menschen das Verständnis für ihre Handlungen zurückzugeben. Später rekuriert Bourdieu erneut auf diese Formulierung. Er begründet sein kritisches Engagement damit, dass «die Soziologie keine Stunde der Mühe wert wäre, sollte sie bloss ein Wissen von Experten für Experten sein» (1992 [1980], 7).

Der amerikanische Soziologe Charles Wright Mills plädiert in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ebenfalls für eine Soziologie, die zu politischen Aktionen inspiriert. Er will, der menschlichen Würde verpflichtet, wissenschaftliche Strenge mit schöpferischer Freiheit verbinden. Die Soziologie soll kritisch die Schnittpunkte zwischen Biografie und Geschichte sowie zwischen persönlichen Schwierigkeiten (wie häuslicher Gewalt,

Arbeitslosigkeit, sozialer Isolation usw.) und öffentlichen Angelegenheiten erforschen. Mills regt dazu an, eine «gute Politik» auf der Basis von soziologischem Wissen zu betreiben. Er fordert sozialwissenschaftliche Intellektuelle dazu auf, ihre Kenntnis sozialer Probleme und Ungleichheiten in die öffentliche Diskussion einzubringen. Wichtig ist seine Analyse der Machteliten. Sie kontrastiert mit einer heute vorherrschenden Sicht, die in den Machträgern nur noch Funktionseliten sieht und diesen attestiert, sich primär über Leistung zu definieren. Mills betont auch die Bedeutung der sozialen Fantasie (2000 [1959], 211). Was die «sociological imagination» bedroht, ist eine eng geführte Professionalisierung, die keinen Dialog mit der Philosophie eingeht und der Soziologie utilitaristisch die Perfektionierung der Technik der Datengenerierung vorzieht. Zwar sei «eine gewisse Routinearbeit» nötig; die wissenschaftliche Fantasie bemühe sich jedoch darum, «neue Wege zu finden» (ebd.). So verteidigt Charles Wright Mills den «intellektuellen Handwerker», der weder ein eng fokussierter Spezialist ist noch ein «Grosstheoretiker», der das «Ganze» erfassen will. Der «intellectual craftsman» stützt sich vielmehr auf ein solides Berufsverständnis. Er ist mit einem offenen Geist ausgestattet und an philosophischen sowie gesellschaftlichen Fragen interessiert.

Manche Forschende distanzieren sich heute davon, sich in öffentliche Debatten einzubringen. Sie wollen keine Probleme mehr lösen, sondern komplexe Bedingungsstrukturen modellieren, unter Rückgriff auf biologische Verhaltensmodelle und kybernetische Regelkreise. So verändern etwa biosoziale und neurowissenschaftliche Theorien die Sicht auf das menschliche Verhalten. Sie werfen etwa die Frage auf, ob wir Menschen wirklich so einzigartig sind. Diese Überlegung ist gewiss interessant und berechtigt. Um unser Verhalten besser zu verstehen, mag es auch legitim sein, eine Sozialwissenschaft, die stark anthropozentrisch orientiert ist, mit biologischen Zugängen zu konfrontieren. Aber hinter der quasi neutralen Aufwertung der Biologie verbergen sich normative Vorstellungen dessen, was nützlich oder wirtschaftlich sein könnte. Daher gilt es, diese Normativität aufzudecken. Ihre Verborgenheit resultiert unter anderem daher, dass sie gesellschaftspolitische Mainstream-Diskurse theoretisch und ideologisch legitimiert, so beispielsweise den teilweise fragwürdigen Umbau des modernen Sozialstaates rechtfertigt. Zu hinterfragen sind aber auch vorschnelle – empirisch nicht abgestützte – Kritiken dieser Ansätze.

Steve Fuller (2006) ist Wissenschaftssoziologe und Begründer der «sozialen Erkenntnistheorie». Er steht in geistiger Nähe zum Denken von Charles W. Mills. Fuller verteidigt den normativen Anspruch der Soziologie und wendet sich dagegen, dass biologische und naturwissenschaftliche Ansätze das Denken über Humanität dominieren und den kritischen Impuls der Gesellschaftswissenschaften neutralisieren. In seiner pro-

grammatischen Schrift *The New Sociological Imagination* weist Fuller der Soziologie die Aufgabe zu, sich am Aufbau einer besseren Gesellschaft zu beteiligen. Er will die grossen «Verheissungen der Aufklärung» erfüllen und «Humanität neu erfinden», um einen neuen Typ von Sozialwissenschaft im 21. Jahrhundert zu begründen. «Menschen aller Länder vereinigt euch», so lautet seine Botschaft. Sein Aufruf ist indessen stark geprägt von herrschenden Ideologien. Er orientiert sich vorwiegend an kulturellen und religiösen Prinzipien der westlichen Welt. Das macht es schwer, Hoffnungen in seine «globale Humanität» zu setzen. Probleme lassen sich nicht mit jenen Mitteln lösen, die sie verursacht haben.

Webersche Tradition: Wertneutralität als Methode, Wertbindung als Gegebenheit

Der Soziologe Max Weber vertritt eine weithin rezipierte Position zum Thema Normativität. Seiner Auffassung nach verfolgen die Sozialwissenschaften das Ziel, gesellschaftliche Phänomene zu untersuchen, die mit Sinn, Bedeutung und Werten erfüllt sind. Doch steht es ihnen nicht zu, daraus normative Folgerungen für das politische Handeln abzuleiten. Die Kategorien und Konzepte, die zur Analyse historischer und gesellschaftlicher Vorgänge entwickelt werden, sollen rein beschreibenden Charakter haben. Das ist nur dann möglich, wenn methodisch fundierte Beschreibungen erarbeitet und präsentiert werden, die Entwicklungen und Herausforderungen nachzeichnen und dazu beitragen, beschränkt generalisierbare Aussagen zu formulieren. Wenn Forschende eigene Werturteile in die wissenschaftliche Arbeit einbringen, sind sie verpflichtet, die subjektiven Überzeugungen und Einstellungen offenzulegen.

Max Weber nimmt sich vor, das Verhältnis von Wissenschaft und Politik neu zu bestimmen. Aus diesem Grund unterscheidet er strikt zwischen dem Standpunkt der Wissenschaft und dem Standpunkt der Politik. Die Arbeit der Wissenschaft erfordert eine strenge Spezialisierung. Nur so erreicht sie ihr Ziel. Sie hat die Wahrheit wissenschaftlich zu belegen. Das geschieht anhand von Fakten, die als gültig anerkannt werden. Die Tätigkeit der Wissenschaft ist harte Arbeit und intensive Leidenschaft. «Wissenschaft erfordert Leidenschaft und Augenmass zugleich.» (Weber 1994a [1919], 88) Die Hypothesen der Wissenschaft entstehen durch einen «Einfall», der ihr (nicht beliebig) zukommt. Die Annahmen speisen sich aus den Erfahrungen harter Arbeit. Zudem entstehen sie unabhängig von jeglicher Form politischer Ideen. Wissenschaft beruht auf dem Grundsatz der anzustrebenden Wertneutralität. Sonst lässt sich kein umfassendes Verständnis der Fakten gewinnen. Der Politiker ist ein Mensch der Aktion. Er vermittelt Werte und bezieht bewusst Stellung. Der Wissenschaftler analysiert hingegen die politischen Strukturen. «Denn praktisch-politische

Stellungnahme und wissenschaftliche Analyse politischer Gebilde und Parteistellung ist zweierlei.» (1994b [1917/1919], 14)

Wertneutralität bedeutet nach Weber jedoch nicht, sich der Frage nach der Praxisrelevanz zu entziehen. Die Soziologie engagiert sich, indem sie die Gesellschaft analysiert, der sie angehört. Sie begibt sich «ins Feld» und versucht, möglichst nah an die Menschen heranzukommen, die sie untersucht. Soziologinnen und Soziologen sind keine Forschenden im Elfenbeinturm. Sie haben, wie alle Bürgerinnen und Bürger, eigene Vorstellungen. Sie zeigen ihr soziales Engagement und sind gefordert, sich gerade an Diskussionen zu beteiligen, die im Zusammenhang mit ihrer eigenen Forschungstätigkeit stehen. Hier ist die Meinung als Fachperson besonders wichtig. Max Weber fragt: Wozu ist Soziologie gut, wenn sie nicht dazu dient, die sozialen Probleme zu verringern? Weber fordert die Soziologie aber auf, die Rolle der Wissenschaft nicht mit der Rolle der Politik zu verwechseln. Die Soziologie kann und muss an den gesellschaftlichen Debatten ihrer Zeit teilnehmen und eine politisch reflexive Position beziehen. So betont Max Weber auch die Notwendigkeit eines politischen Engagements. Er tritt 1918 selbst der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) bei und veröffentlicht diverse politische Zeitungsartikel. Weber legt dabei Wert darauf, die beiden Rollen nicht gleichzeitig zu spielen. Vor allem dürfe man nicht versuchen, anderen seine eigenen Überzeugungen aufzuzwingen, indem man sich auf wissenschaftliche Tatsachen stütze. Sonst verliere man seine wissenschaftliche Glaubwürdigkeit. «Man kann nicht *zugleich* Mensch der Aktion und Mensch der Wissenschaft sein, ohne der Würde des einen oder des anderen Berufs zu schaden, ohne gegen die Pflichten des einen oder des anderen zu verstossen.» (Aron 1963, 10)

Soziologie im Spannungsfeld – die Rolle der Intellektuellen bei Elias, Aron, Bourdieu

Der Soziologe Norbert Elias nimmt den Faden von Max Weber auf. Er ist sich dessen bewusst, dass normative Fragen in der Wissenschaft einen gebührenden Platz verdienen. So durchzieht sein ganzes Werk die zentrale Frage: Wie viel persönliches Engagement darf ein Wissenschaftler in seine Forschung einbringen? Weiter fragt Elias, ob sich der Soziologe unbedingt der Arbeit der Distanznahme und -wahrung unterwerfen muss, um eine Beurteilung gesellschaftlicher Prozesse nach objektiven Gesichtspunkten vornehmen zu können. Seine eigenen Beiträge zur Wissenssoziologie kreisen um das Verständnis von Normativität und Wissenschaftlichkeit. Elias behandelt Politik und Wissenschaft nicht als gegensätzliches Paar. Er sieht den Soziologen als Mythenjäger, als ein Subjekt, das auf die soziale Welt einen unausweichlich kritischen Blick richtet. Eine seiner wesentlichen Aufgaben besteht darin, die Vorurteile und Mythen des Alltags zu entlarven

und eine bewusste Distanz zu politischen Tagesfragen einzunehmen. Wir müssen von ideologischen Auseinandersetzungen, kulturellen Selbstverständlichkeiten sowie alltäglichen Sprach- und Denkgewohnheiten immer wieder Abstand halten, um uns aus der methodisch gewählten Distanz dem Untersuchungsgegenstand abermals behutsam anzunähern.

Das spannungsreiche Verhältnis zwischen Sozialwissenschaften und Politik reicht bis in die jüngste Gegenwart hinein. Stets neu auszuloten ist, wie sich der Raum der Zukunftsvisionen und Gesellschaftsentwürfe erweitern lässt. Dies geschieht auch im Widerstreit mit eigenen politischen Überzeugungen und Interessen. Die Professionalisierung der Soziologie vollzieht sich heute allerdings Hand in Hand mit einem Konformismus akademischen Denkens, der sich inhaltlich den Anforderungen unterwirft, die von einer monopolistisch auftretenden finanzkapitalistischen Marktlogik angelsächsischer Prägung festgelegt werden. Diese überlagert wichtige Errungenschaften des politischen Liberalismus. So zum Beispiel die Vorstellung ausgewogener Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit. Damit geht die Balance zwischen Distanz und Engagement verloren, die Norbert Elias fordert. Mit Distanz meint er die Befreiung von voreingenommenen Auffassungen, unterstützt durch methodisch differenzierte Zugänge und methodologisch fundierte Überlegungen. Diese sind auch ein wichtiges Korrektiv zum Engagement, weil sie zur Reflexion darüber Anlass geben, wie wir in die soziale und kulturelle Mitwelt eingebunden sind, die wir erforschen.

»Jeder Wissenschaftler ist auch Staatsbürger: Ab dem Moment, wo er als Staatsbürger aktiv am öffentlichen Leben teilhat, ist er kein Wissenschaftler mehr.« So kritisiert Raymond Aron (1960) die Unklarheit bzw. Ambiguität des politisch aktiven Wissenschaftlers. Aron moniert auch, die Rollenkonfusion könne den Soziologen dazu verleiten, unter dem Deckmantel wissenschaftlichen Diskurses politische oder gesellschaftliche Stellungnahmen abzugeben. Er stellt damit nicht die Legitimität des öffentlichen Engagements der Soziologie infrage. Aber der »Mensch der Wissenschaft« darf seine politischen Stellungnahmen nicht auf der Basis wissenschaftlicher Argumentation verteidigen. Über die Frage des gesellschaftlichen Engagements der Wissenschaft besteht also keine Einigkeit. In der Soziologie zeigt sich seit ihrem Anfang eine Spaltung zwischen der Position des theoretischen Erkenntnisgewinns und einer praktischen Orientierung, die nützliches Wissen generieren will. Pierre Bourdieu (1997) versucht diese Dichotomie aufzuheben. Die Soziologie soll sich verstehend und erklärend sozialen Realitäten annähern und, an Erkenntnis und Enthüllung interessiert, die Gesellschaft stets kritisch-distanziert aus der Perspektive der engagierten Wissenschaft betrachten.

Medien und Politik fordern die Wissenschaft heute häufig dazu auf, sich an öffentlichen Diskursen zu beteiligen. Eine intensiviertere Kommunikati-

on mit der Gesellschaft eignet sich allerdings kaum, das Mandat der Intellektuellen zu stärken. Sie macht vor allem die Rolle als Fachperson sichtbar. Gefragt sind inhaltliche Kompetenzen und Stellungnahmen zu einem aktuellen Thema der Medien. Die öffentliche Rolle der Forschenden löst sich so von der Figur des Intellektuellen, der als engagierter Generalist seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ihre Bedeutung erlangte. Sie verschiebt sich zusehends hin zur Gestalt des spezifischen Intellektuellen. Michel Foucault (1977) diskutiert diese Konzeption einer neuen Figur, die den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf konkrete Interventionen verlegt. Mit der medialen Intervention gerät allenfalls die Verwertung von Forschungsergebnissen in den Medien in den Blick, nicht aber die Frage der Praxisrelevanz von Forschungsmethoden und Schwerpunktsetzungen. Sie entspricht der wachsenden Forderung nach verwertbarem Fachwissen und zwingt die Soziologie dazu, ihre Rolle in der Öffentlichkeit zu überdenken. Das gilt auch für die besonderen kulturellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die für das Forschen im Feld relevant sind. Wenn der Nachweis seiner Nützlichkeit so stark interessiert, sind Überlegungen zu forschungsethischen Grundlagen und zur Methodologie umso wichtiger, so z. B. zur Theorie und Praxis des sozialen Engagements. Auch implizite Annahmen sind transparent zu machen. Das ist gerade beim Erforschen sozialer Ungleichheiten wichtig, die emotional stark besetzt sind und in öffentlichen Diskursen entweder abwehrend banalisiert oder moralisch überladen werden. Der Anspruch einer kritischen Analyse besteht darin, alle normativen Prägungen zu erhellen.

Anforderungen an eine kritische Gesellschaftstheorie

Wissenschaftliche Untersuchungen helfen, soziale Probleme zu erkennen, sie einzuordnen und zu bewältigen. Dieses Bestreben impliziert – bei empirischen genauso wie bei theoretischen Studien – normative Vorstellungen. Sie bestimmen mit, wie Probleme und Lösungen definiert werden. Je nach Definition weichen die Analysen erheblich voneinander ab. Ursachen liegen in den unterschiedlichen Interessen und Werten, auch in Machtansprüchen, die begriffliche und gesellschaftliche Konzepte prägen. Begriffe sind keine Wahrheiten, sondern Instrumente, um sich sozialen Realitäten anzunähern, und sie beinhalten Festlegungen. Wie wir Begriffe fassen, ist immer auch eine Frage der Definitionsmacht.

Das zeigt sich auch bei der Wahrnehmung sozialer Ungleichheiten. Die gesellschaftliche Akzeptanz sozialer Unterschiede beruht etwa auf der Hoffnung von Menschen, sie könnten eines Tages selbst zu Reichtum kommen. Reichtum gilt ihnen als erstrebenswert. So ist die Vorstellung verbreitet, dass alle ihr eigenes Glück schmieden und aufsteigen können, wenn sie sich genug Mühe geben. Diese Sicht rechtfertigt soziale Unter-

schiede und zurrt sie fest. Ähnliches gilt für die Haltung, die den Sozialstaat bezichtigt, Menschen bloss abhängig zu machen. Sie fördert ebenfalls die Akzeptanz sozialer Diskrepanzen und behindert eine Umverteilung, welche die Lebensbedingungen breiter Bevölkerungskreise verbessern könnte. Daher ist stets zu fragen, wie soziale Unterschiede gedeutet werden und wie herrschende Deutungen zustande kommen.

Seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verschieben sich in den Debatten zu sozialen Fragen die Akzente von strukturellen Bedingungen hin zu individuellen Kalkülen und situativen Begründungen. Ein Wandel des Diskurses ist vor allem bezüglich gesellschaftlicher Gegensätze feststellbar. Was einst als Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung galt, wird heute selten thematisiert. Der Blick verlagerte sich von der vertikalen Ebene, bei der es um Machthierarchien ging, zur horizontalen. Theoriemodelle sozialer Milieus betonen die Lebensauffassung, den Lebensstil und die Wertorientierung. Die Lagen- und Milieuanalysen weisen zwar auf wichtige soziale Differenzierungen hin. Sie unterminieren aber die Analyse klassenbedingter Gegensätze, an der sich eine kritische Sozialwissenschaft orientieren sollte.

Kritische Sozialwissenschaft fokussiert auch gängige soziale Praktiken, die Ungleichheiten vornehmlich mit paternalistischen Konzepten einer Umverteilung angehen. Sie wehrt sich dagegen, sozial Benachteiligte zu Hilfeempfangenden zu degradieren. Denn eine solche Politik bestätigt das bestehende Gefüge: Sie zementiert soziale Ungleichheit und bevormundet Abhängige, statt die zugrunde liegenden Ungerechtigkeiten zu ändern, demokratische Mitbestimmung und emanzipatorische Potenziale zu stärken. Engagierte Gesellschaftstheorien sind gegenüber normativ-moralischen Fragen aufgeschlossen. Sie wollen ein selbstreflexives Bewusstsein für soziale Prozesse und Phänomene wecken. Eine kritische Soziologie hinterfragt vorgefasste Meinungen und gesellschaftliche Rationalisierungsdiskurse. Denn Macht- und Herrschaftsverhältnisse sind weder von der Natur gegeben noch vom Schicksal bestimmt.

Literatur

- Ahrens, Johannes / Beer, Raphael / Bittlingmayer, Uwe H. / Gerdes, Jürgen (Hg.), 2011: Normativität. Über die Hintergründe sozialwissenschaftlicher Theoriebildung. Wiesbaden.
- Aron, Raymond, 1960: Journaliste et Professeur. Text der Antrittsvorlesung am Institut des Hautes Etudes de Belgique, 23.10.1959. In: Revue de l'Université de Bruxelles, März–Mai 1960, 2–10
- Aron, Raymond, 1963: Introduction. In: Le savant et le politique. Union Générale d'Éditions. Paris, 7–52
- Boltanski, Luc, 2009: De la critique. Précis de sociologie de l'émancipation. Paris
- Bourdieu, Pierre, 1992 (1. Aufl. 1980): Prologue. In: Questions de sociologie. Paris, 7–9

- Bourdieu Pierre, 1997 (1. Aufl. 1993): Das Elend der Welt. Konstanz
- Bourdieu, Pierre, 2008: Ehelosigkeit in der bäuerlichen Gesellschaft. In: Junggesellenball. Studien zum Niedergang der bäuerlichen Gesellschaft. Konstanz, 15–161 (frz. Original: Bourdieu, Pierre, 1962: Célibat et condition paysanne. In: Le Bal des célibataires: Crise de la société paysanne en Béarn. Paris, 15–165)
- Durkheim, Emile, 1986 (1. Aufl. 1893): De la division du travail social. Paris
- Elias, Norbert, 2003 (1. Aufl. 1983): Engagement und Distanzierung. In: Norbert Elias Gesamelte Schriften. Bd. 8. Frankfurt am Main
- Foucault, Michel, 1977: La fonction politique de l'intellectuel. In: Hebdo-Politique, 29 novembre–5 décembre, 31–33
- Fuller, Steve, 2006: The New Sociological Imagination. London
- Geissler Rainer, 2002: Facetten der modernen Sozialstruktur – Modelle und Kontroversen. In: Jäggi, Victoria / Mäder, Ueli / Windisch, Katja (Hg.): Entwicklung, Recht, Sozialer Wandel. Bern, 537–55
- Honneth, Axel, 2003 (1. Aufl. 1992): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt am Main
- Mäder, Ueli / Jey Aratnam, Ganga / Schilliger, Sarah, 2010: Wie Reiche denken und lenken. Zürich
- Mäder, Ueli / Schmassmann, Hector, 2012: Wie normativ muss die Armutsforschung sein? In: Neue Praxis, Heft 11, 18–29
- Mauss, Marcel, 1971 (1. Aufl. 1927): Divisions et proportions des divisions de la sociologie. Wiederveröffentlicht unter dem Titel: Division concrète de la sociologie. In: Essais de sociologie. Paris, 42–80
- Mills, Charles Wright, 2000 (1. Aufl. 1959): The Sociological Imagination. Oxford
- Weber, Max, 1994a (1. Aufl. 1919): Politik als Beruf. In: Wissenschaft als Beruf 1917/1919. Politik als Beruf 1919. Tübingen
- Weber, Max, 1994b (1. Aufl. 1917/1919): Wissenschaft als Beruf. In: Wissenschaft als Beruf 1917/1919. Politik als Beruf 1919. Tübingen

